

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 15.02.2017

im Schulungsraum der Feuer- und Rettungswache, Dukatenweg 2 - 4

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Otto Bodenheimer	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsherr Dirk Franke	SPD	
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsfrau Sandra Manß	SPD	
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsherr Michael Meyer	CDU	bis 19.25 Uhr
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper	DIE LINKE.	
Ratsherr Jens Voß	SPD	Vertreter für Ratsherrn Gordan Dudas
Ratsherr Sebastian Wagemeyer	SPD	Vertreter für Ratsherrn Fabian Ferber
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß	CDU	Vertreter für Ratsfrau Britta Rogalske
Herr Horst Eick	SPD	
Herrn Richard Oettinghaus Lüdenscheid	Alternative für	bis 19.25 Uhr
Herr Dominik Petereit	FDP	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk	Fraktionslos	bis 18.50 Uhr
Herr Klaus-Peter Mattke	Fraktionslos	Vertreter für Herrn Martin Kornau

Verwaltung:

Bürgermeister Dieter Dzewas
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Thomas Ruschin
Herr Martin Bärwolf
Herr Hans-Jürgen Badziura

Herr Frank Kuschmirtz
Herr Martin Walter
Herr Edgar Weinert
Herr Andreas Beckmann
Frau Gudrun Abendroth
Herr Klemens Dopatka
Herr Jürgen Flemming
Herr Christian Hayer
Frau Yvonne Hayer
Herr Holger Moeser
Herr Frank Reinshagen
Herr Thomas Tiemann
Herr Jörg Weber
Herr Hartmut Fellenberg
Frau Christina Padovano
Frau Christin Spangenberg

Personalrat
Personalrat
Personalrat

Schritfführung:

Frau Birgit Stoltefaut-Voß

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD
Ratsherr Fabian Ferber	SPD
Ratsfrau Britta Rogalske	CDU

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Martin Kornau	Fraktionslos
--------------------	--------------

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Zehra Kayis scheid	Ditib Lüden-
----------------------------	--------------

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Entfällt

**2. Verkauf von Erbbaugrundstücken an den jeweiligen Erbbauberechtigten
hier: mittelfristige Aussetzung der Ratsbeschlüsse
Vorlage: 264/2016**

Ohne Vortrag der Verwaltung und ohne Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Der in der Begründung dargestellten Vorgehensweise zur vorübergehenden Aussetzung der Beschlüsse wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

3. Sachstand Gefährdungsbeurteilung für die Feuer- und Rettungswache Vorlage: 023/2017

Vorsitzender Holzrichter teilt die Anwesenden in zwei Gruppen und bittet Gruppe 1 mit Herrn Walter von der Feuer- und Rettungswache und Herrn Beckmann von der Zentralen Gebäudewirtschaft den Rundgang durch die Feuer- und Rettungswache zu beginnen. Gruppe 2 mit Herrn Dopatka von der Feuer- und Rettungswache und Frau Abendroth von der Zentralen Gebäudewirtschaft gehen in entgegengesetzter Richtung.

Inhalt des Rundganges sei die Besichtigung folgender Bereiche:

Schulungsraum, Kleiderkammer, Wachabteilung, Halle Feuerwehr, Werkstatt und Halle Rettungsdienst

Nach Beendigung der Rundgänge begrüßt Vorsitzender Holzrichter die Anwesenden vollzählig zurück. Er begrüßt darüber hinaus den Gutachter Herrn Richter, der die Gefährdungsbeurteilung vorgenommen habe. Er bittet Herrn Beckmann um Erläuterung der geplanten Umbaumaßnahmen.

Herr Beckmann stellt anhand einer PowerPoint Präsentation die geplanten Maßnahmen in den einzelnen Gebäudeteilen und Etagen dar. Er betont, dass die durch die Umbaumaßnahmen in den Gebäuden 1 – 4 wegfallenden sieben Stellplätze in der Leichtbauhalle ersetzt würden. Insgesamt seien neun Stellplätze in der Leichtbauhalle abzubilden, so dass ein Fahrzeug zusätzlich aufgenommen werden könne und dann immer noch ein Reservestellplatz vorhanden sei. Er führt weiter aus, dass die Leichtbauhalle entweder gekauft oder gemietet werden könne. Die Verwaltung präferiere jedoch einen Kauf der Leichtbauhalle. Abschließend merkt er an, dass, wie bei dem Rundgang zu sehen war, einige wesentliche bauliche Aktivitäten für die Hauptbereiche bereits begonnen worden seien.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Herrn Beckmann für die ausführliche Darstellung und Erläuterung der Maßnahmen.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Thomas-Lienkämper antwortet Beigeordneter Ruschin, dass durch Wegfall der Rutschstangen die Ausrückzeit selbstverständlich beeinflusst und etwas verändert werde. Es bestand sogar die Sorge, dass der Brandschutzbedarfsplan dadurch

ggf. nicht mehr einzuhalten sei. Nach Durchführung zweier Probealarme, die natürlich keine hundertprozentige Simulation darstellten, sei lediglich ein Zeitmehraufwand von ca. 25 Sekunden feststellbar gewesen. Hierbei müsse zusätzlich bedacht werden, dass die vorhandenen Rutschstangen nur noch mit einer entsprechenden Ampelanlage genutzt werden dürften. Dieses bedeute ebenfalls einen Zeitmehraufwand, der jedoch nicht gemessen werden konnte. Die Sicherheit sei aber zu keiner Zeit gefährdet gewesen.

Stadtkämmerer Dr. Blasweiler betont, dass insbesondere die Rutschstangen rechtlich in der vorhandenen Form unzulänglich seien und daher keinesfalls als Maßstab gelten könnten. Zudem sei zu bedenken, dass das Einsatzpersonal auch aus anderen Bereichen – wie zum Beispiel in den Abend- und Nachtstunden aus den Ruheräumen - bei Alarmierung zu den Fahrzeugen komme. Je nach verkehrlicher Situation im Einsatzfall sei in der Regel bereits dadurch eine Kompensation dieses Zeitmehraufwandes von ca. 25 Sekunden gegeben. Er führt weiter aus, dass ein Gesamtkostenrahmen in Höhe von ca. 500.000,00 € allen angenehm gewesen wäre. Dieser Betrag sei jedoch aufgrund grober Schätzungen veranschlagt worden. Da jetzt genauere Planungen vorlägen, erfolge nun eine genaue Berechnung der benötigten Mittel. Entsprechend notwendige Deckungsvorschläge entwickelten sich derzeit positiv. Sicher sei bereits jetzt, dass die veranschlagten 500.000,00 € keinesfalls ausreichten.

Ratsfrau Mewes führt aus, dass die Gesamtproblematik nun vorhanden sei und eine Lösung zur Abhilfe gefunden werden müsse. Die vorgestellten Maßnahmen seien nachvollziehbar. Sie regt an, zunächst zu prüfen, was sofort umgesetzt werden müsse und was ggf. erst später umgesetzt werden könne. Sie bittet eindringlich, die Freiwilligen Feuerwehren entsprechend zu berücksichtigen, denn sie seien ebenso wichtig und hier sei sicher eine ähnliche Problematik vorhanden. Sie fragt an, wann mit einer Realisierung eines Neubaus zu rechnen sei und bittet um kurzfristige Vorlage eines entsprechenden Zeitplans. Weiter bittet sie um Prüfung, ob die Realisierung eines Neubaus ggf. über ein Investorenmodell möglich sei.

Ratsherr Voß führt aus, dass s.E. die Vorplanungen sehr detailliert und nachvollziehbar seien. Lediglich die Reihenfolge der Umsetzungen sei noch nicht festgelegt. Er betont, dass ein neues Gebäude so schnell wie irgend möglich errichtet werden müsse. Die hierfür erforderlichen Bedarfe müssten möglichst kurzfristig festgelegt werden. Zudem sei derzeit noch nicht eindeutig geklärt, ob eine Feuer- und Rettungswache oder nur eine Rettungswache durch die Stadt Lüdenscheid vorgehalten werden müsse. *Er beantragt daher, dass seitens der Verwaltung ein Bedarfsplan bis Ende 2017 zur Beschlussfassung vorgelegt werde, in dem die Hilfsorganisationen berücksichtigt seien und der Weg, wie man zum Ergebnis gekommen sei, aufgezeigt werde.*

Ratsherr Weiß fordert nachdrücklich die entsprechenden Daten zum Neubau, wann und wo dieser errichtet werden könne, ein. Eine Betrachtung der Freiwilligen Feuerwehren müsse in diesem Zuge ebenfalls erfolgen, um auch dort ggf. vorhandene Missstände fest- und abstellen zu können. Er führt aus, dass der vorgelegte Bericht lediglich zur Kenntnis genommen werden könne und keinesfalls die vorgestellten Maßnahmen befürwortet werden könnten. *Er beantragt daher, den Beschlussvorschlag entsprechend zu ändern und die Worte „zustimmend“ und „befürwortend“ zu streichen.*

Nach weiterer intensiver und kontroverser Diskussion führt Beigeordneter Ruschin aus, dass er die Festlegung strategischer Vorgaben bis spätestens Ende 2017 für machbar halte. Die Übernahme des Rettungsdienstes in der Stadt sei für die Stadt Lüdenscheid eine Pflichtaufgabe, sofern der Märkische Kreis diese Aufgabe nicht übernehme. Eine grundsätzliche Befürwortung der Schaffung einer Feuer- und Rettungswache sei seitens der Ratsmitglieder bereits ausgesprochen worden. Auch hier sollte eine Klärung mit dem Märkischen Kreis bis Ende 2017 möglich sein. Zudem müsse bedacht werden, dass Rettungsdienst gleichbedeutend sei mit einem qualifizierten Krankentransport, so dass für diesen Bereich die aktuelle

Rechtsprechung auf jeden Fall Auswirkungen auf einen Neubau haben werde. Es sei unbedingt erforderlich, diese in den Prozess einfließen zu lassen. Darüber hinaus seien auch die Ausbildungserfordernisse in einem Veränderungsprozess und müssten ebenso Berücksichtigung finden wie die Erfordernisse, die das Vorhandensein männlicher und weiblicher Feuerwehrleute auslösten.

Bürgermeister Dzewas ergänzt, dass unter Berücksichtigung aller benötigten Zeiten für die Vorbereitungen zum Neubau eines entsprechenden Gebäudes ein Zeitraum von 2 – 5 Jahren bis zur Inbetriebnahme nicht realisierbar sei. Ein Zeitraum von ca. 5 bis 8 oder 10 Jahren müsse hier angenommen werden, auch um ggf. auftretende Unwegbarkeiten im Planungs- und/oder Bauprozess vernünftig bewältigen zu können. Das heiße jedoch nicht, dass dieser Zeitraum zwingend ausgeschöpft werde. Da der Dienstbetrieb in der bestehenden Feuer- und Rettungswache also noch für einen geraumen Zeitraum stattfinden müsse, sei es unabdingbar, mindestens die jetzigen Maßnahmen umzusetzen. Auch die erfreulicherweise zunehmende Anzahl an weiblichen Dienstkräften erfordere dieses. Er betont, dass allen Mitarbeitenden und Verantwortlichen Lob und Anerkennung für diesen vertretbaren und konstruktiven Kompromiss gebühre. Eine breite Zustimmung seitens der Ausschussmitglieder halte er daher für geboten. Er sagt zu, dass die Belange der Freiwilligen Feuerwehren sowie eine Berücksichtigung der Hilfsorganisationen berücksichtigt würden. Die notwendigen Strukturen müssten festgelegt sein, bevor weitere Aufträge erteilt werden könnten. Nach derzeitigem Kenntnisstand müsse für einen Neubau jedoch mit einem zweistelligen Millionenbetrag gerechnet werden. Die in der Vorlage beschriebenen Maßnahmen seien für den Übergang erforderlich und würden die Möglichkeiten einer Nachnutzung eher verbessern.

Vorsitzender Holzrichter nimmt die Diskussion und die Beschlussfassung aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt am 01. März 2017 zur Beschlussvorlage Nr. 002/2017 – Bebauungsplan Nr. 574 „Dukatenweg“, 6. Änderung; Aufstellungsbeschluss – zum Anlass, die Bildung eines „Arbeitskreises Feuerwehrgebäude“ vorzuschlagen. Themenschwerpunkte sollten hier die Sofortmaßnahmen an der bestehenden Feuer- und Rettungswache, im Bereich der Neubauplanung das Betriebskonzept, die Grundstückssuche, die Bauplanung und –durchführung sowie die Gerätehäuser der Löschzüge sein. Durch die Bildung des Arbeitskreises werde eine flexiblere Terminplanung des Gesamtausschusses erreicht. Nutzen und Bildung von Fachwissen zum Spezialthema „Feuerwehr(gebäude)“ werde gebündelt und eine enge Begleitung durch die Verwaltung und die bereits vorhandene Projektgruppe Feuer- und Rettungswache werde gewährleistet. Zudem sei eine ständige Rückkopplung zur Kommunalpolitik sichergestellt.

Die Zusammensetzung des Arbeitskreises Feuerwehrgebäude schlage er wie folgt vor:

- 8 Vertreter der Ratsfraktionen (je 2 SPD und CDU, je 1 Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und Afl)
- 1 Vertreter des Kommandos der Feuerwehr
- 1 Vertreter der Zentralen Gebäudewirtschaft
- 1 Vertreter des Personalrates
- Leiter der Projektgruppe Feuer- und Rettungswache
- Fachbereichsleitung 3
- **Bei Bedarf:**
 - der Verfasser der Gefährdungsbeurteilung (Gutachter)
 - 1 Vertreter der Örtlichen Rechnungsprüfung

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, den Antrag des Rats Herrn Voß als Aufgabe in den neu zu bildenden Arbeitskreis Feuerwehrgebäude zu übertragen. Rats Herr Voß stimmt dem mit der Maßgabe zu, bis Ende 2017 eine entsprechende Beschlussfassung zu erreichen.

Der Antrag des Rats Herrn Weiß auf Änderung des Beschlussvorschlages durch Streichung der Worte „zustimmend“ und „befürwortend“ wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Beschlussvorschlag gemäß Beschlussvorlage mit Stimmenmehrheit bei einer Gegenstimme zu.

Der Bildung eines „Arbeitskreises Feuerwehrgebäude“ gemäß des Vorschlages von Vorsitzendem Holzrichter stimmen die Ausschussmitglieder einstimmig zu. Die Benennung der Mitglieder solle bis zur nächsten Ratssitzung erfolgen. Die Verwaltung werde den Arbeitskreismitgliedern das Gutachten zur Gefährdungsbeurteilung kurzfristig vollständig zur Verfügung stellen.

Die seitens des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt am 01.03.2017 im Rahmen des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 574 „Dukatenweg“, 6. Änderung, geforderte Zustimmung zu den vorgeschlagenen Maßnahmen erteilen die Ausschussmitglieder mit Stimmenmehrheit bei einer Gegenstimme.

Abschließend bedankt sich Vorsitzender Holzrichter für die Anerkennung insbesondere der seitens der Projektgruppe Feuer- und Rettungswache geleisteten Arbeit zur Erstellung dieser Beschlussvorlage.

Beschluss:

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis und befürwortet die vorgeschlagene Vorgehensweise.

Abstimmungsergebnis zum Antrag des Rats Herrn Weiß auf Änderung des Beschlusses:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	13
Enthaltungen:	./.

Abstimmungsergebnis zum Beschlussvorschlag gemäß Beschlussvorlage:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	./.

Abstimmungsergebnis zur Einsetzung eines „Arbeitskreises Feuerwehrgebäude“:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

Abstimmungsergebnis zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gemäß Anforderung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt vom 01.03.2017:

Ja-Stimmen: 18
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: ./.

4. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

Entfällt

5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

5.1. Bekanntgaben

5.1.1. Einrichten einer Tempo-30-Zone und eines verkehrsberuhigten Bereiches "Ostendorfstraße" und "Am Hohberg"

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Hayer um Vortrag.

Herr Hayer führt aus, dass aufgrund der örtlichen Gegebenheiten in der „Ostendorfstraße“ und in einem Teil der Straße „Am Hohberg“ eine Tempo-30-Zone eingerichtet werde. Die vorhandenen Fahrbahnbreiten und die damit verbundenen Parksituationen ließen keine hohen Geschwindigkeiten zu. Zudem handele es sich bei beiden Straßen um Sackgassen. In der Straße „Am Hohberg“ werde ab der Hausnummer 12 bis zum Ende der Straße zusätzlich ein verkehrsberuhigter Bereich eingerichtet. Im Rahmen dieser Maßnahme würden dann auf der Wendefläche vor den Häusern Nr. 15 und Nr. 17 Stellplätze markiert.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

5.1.2. Anmeldung zur Förderung des barrierefreien Ausbaus von Bushaltestellen im Stadtgebiet

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Hayer um Vortrag.

Herr Hayer führt aus, dass zur Verbesserung der barrierefreien Nutzbarkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Jahr 2018 zunächst sieben Haltestellen barrierefrei umgebaut würden. Das heiße, dass hier beispielsweise ein Busbord für niveaugleichen und spalt-

freien Ein- und Ausstieg in Abstimmung mit der MVG, taktile Elemente usw. errichtet würden. Es handele sich um folgende Haltestellen:

1. „Geschwister-Scholl-Gymnasium“, Hochstraße, stadteinwärts
2. „Schubertstraße“, Schubertstraße, stadteinwärts
3. „Gotenstraße“, Parkstraße, stadtauswärts
4. „Bräucken“, Hochstraße, stadteinwärts und stadtauswärts
5. „Bräucken“, Bräuckenstraße, stadtauswärts
6. „Christuskirche“, Wehberger Straße, stadtauswärts
7. „Christuskirche“, Bahnhofstraße, stadtauswärts
8. „Christuskirche“, Heedfelder Straße, stadteinwärts
9. „Christuskirche“, Winkhauser Straße, stadtauswärts
10. „Höh/Abzw. Klinikum“, Herscheider Landstraße, stadteinwärts und stadtauswärts
11. „Kreishaus“, Heedfelder Straße, stadteinwärts und stadtauswärts
12. „Kreishaus“, Rahmedestraße, stadtauswärts

Die aufgelisteten Haltestellen seien aufgrund ihrer verkehrlichen Bedeutung und Funktion sowie des baulichen Zustandes für den Ausbau ausgewählt worden.

Die Haltestellen „Bräucken“, „Christuskirche“ und „Höh/Abzw. Klinikum“ seien zudem im Nahverkehrsplan des Märkischen Kreises (NVP MK) der Kategorie II mit entsprechend höheren Qualitätsanforderungen zugeordnet und daher prioritär auszubauen. Grundlage der Zielformulierungen im NVP MK seien das Behindertengleichstellungsgesetz Nordrhein-Westfalen (BGG NRW) sowie die Novelle des Personenbeförderungsgesetzes 2013 (PBefG 2013).

Die Kostenschätzung belaufe sich insgesamt auf insgesamt ca. 178.000,00 €. Die Maßnahme sei beim Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) zur Förderung von ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen angemeldet. Der Fördersatz betrage derzeit 90 %, so dass eine Fördersumme in Höhe von 160.200,00 € einem Eigenanteil der Stadt Lüdenscheid in Höhe von 17.800,00 € gegenüber stehe. Sobald der Förderbescheid vorliege werde die Verwaltung die Ausschussmitglieder informieren.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen.

5.1.3. Vorstellung der Kampagne "Respekt" der Feuer- und Rettungswache

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass er Kenntnis von der Kampagne „Respekt“ erhalten habe und bittet Herrn Weber von der Feuerwehr, diese kurz vorzustellen.

Herr Weber führt aus, dass die Kampagne zur Verbesserung des Respekts gegenüber Feuerwehr, Polizei u.ä. eingeleitet worden sei. Es handele sich hierbei um eine Kampagne, die über Plakate sowie weitere Medien sowohl regional als auch überregional geschaltet sei. Anhand einer Auswahl von Plakaten erläutert er die Inhalte, deren Aufbau und die enthaltenen Aussagen.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die herausragende Initiative und sagt volle Unterstützung seitens des Bau- und Verkehrsausschusses zu. Er bittet Herrn Weber, regelmäßig über den aktuellen Sachstand zu informieren.

5.2. Beantwortung von Anfragen

Entfällt

5.3. Anfragen

Entfällt

gez. Jens Holzrichter
Vorsitzender

gez. Stoltefaut-Voß
Schriftführerin